

Wirtschaftliche



Zeitung

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit Kurzsattel

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein. Oberredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Red. im Ausw. d. Handelt. i. V. Dr. Sven v. Müller. Bl. u. V. Manuskripte werden nur entgegengenommen, wenn Porto beiliegend.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhofs (A 7) 3600-3665, für den Verlagshaus Amt Dönhofs 3608-3608. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postnachschub Berlin 660.

DiETRICH'S WIRTSCHAFTSZIELE

Industrie- und Handelstag in Berlin / Was wird aus der Ausfuhr? Unsere Nachbarn im Osten / Minister Schreiber für Kontrolle der öffentlichen Betriebe

Zur 50. Vollversammlung des Deutschen Industrie- und Handelstages vernehmen sich heute vormittag die Spitzen der Wirtschaft und der Behörden im Plenarsaal des ehemaligen Preussischen Herrenparks. Im Vordergrund des Interesses stand eine ursprünglich nicht auf der Tagesordnung vorgesehene Rede des Reichsministers Dietrich, der den Versuch machte, eine Brücke zwischen den Aufgaben seines alten und seines neuen Postens, des Ernährung- und des Wirtschaftsministeriums zu schlagen.

Die Tagung wurde mit einer Ansprache des Präsidenten Franz von Wendt eröffnet, die das Jubiläum des Industrie- und Handelstages würdigt und für lokale Erfüllung der Youngverpflichtungen eintritt. Nach ihm sprach der neue Wirtschaftsminister Dietrich als Vertreter der Reichsregierung.

DiETRICH ging davon aus, daß die alte Regierungskoalition sich über das Steuerprogramm (den fast restlos erledigt hatte. Wenn sie trotzdem infolge einer schiefen Verteilung der Differenz, in der Frage der Arbeitslosenversicherung gescheitert ist, so beweist dies, daß es dabei um mehr ging als um bloße Zahlenverteilung der Formulierung. In Wirtschaft gibt es um das ganze Problem der Arbeitslosenversicherung überhaupt oder besser gesagt um die Frage: Sollen wir das Dogma, der heutige Stand der Arbeitslosenversicherung sei unantastbar, unter den gegenwärtigen Verhältnissen auch aufrechterhalten?

Daß es geht in dieser Frage ist die alte Regierung geerben. Ich zitiere hier ein paar zurechtfindende, daß trotz der Annahme des Young-Planes und des Polen-Vertrages, an dessen Ausführung nicht mehr zu zweifeln ist, die Ruhe noch nicht wieder eingeleitet ist. Es ist unverständlicher Teil der heutigen Arbeitslosigkeit ist auf die Unvollkommenheit der Arbeitslosenversicherung zurückzuführen, und zwar, wie DiETRICH darüber läßt, auf die

unvollständigen Anwendung der gegenwärtigen Bestimmungen durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Zu dem Streit um die Biersteuer erklärte DiETRICH unter lebhafter Zustimmung, daß die Basis für die unbedingt erforderliche Entlastung der Betriebe und Realsteuer nur durch stärkere Regelung des bestehenden Konsums geschaffen werden könne. Die gegenwärtige Regelung des Bierverbrauchs mit insgesamt 400 Millionen jährlich ist in Anbetracht der heutigen Finanzlage des Reiches unerschwinglich gering, zumal der Absatz in Bier sich wesentlich günstiger entwickelt hat, als der Absatz des Spirit, an dessen Steuerertrag keine allgünstigen Hoffnungen geknüpft werden können. Zu Berlin mit der Tabaksteuer, die nach der Neuordnung 14 Milliarden einbringlich soll bringen wird, ist die Biersteuer ein wichtiges Stützmittel für die Sanierung der Reichsfinanzen.

Die neuesten Beschlüsse über das Agrarprogramm sowie die Ermäßigung des Viehsteuern, die Ziele nützlichsten unter Ansetzung an die gegenwärtige Situation heraus- oder herauszulassen, können als hinderlicher Schutz für die deutsche Landwirtschaft angesehen werden. Insbesondere mußte Vorfrage getroffen werden für die Möglichkeit, daß eines Tages die ungeheuren Vorräte, die in den Hauptproduktionsländern aufgelaufen sind, zu Scheu-Preisen an den Weltmarkt geworfen werden und den deutschen Märkten verdrängen.

Man muß sich aber darüber klar sein, daß der Schutz der Körnerproduktion nicht das Einzigste ist. Wir haben im vorigen Jahre nur noch für rund 900 Millionen Markt Metzen, Stangen, Gerste, Hafer und Weizen eingeliefert. Dieser Teil des Lebensmittelporiums konnte infolge der guten Ernte der letzten Jahre geteilt werden. Dagegen ist die Einfuhr an Fleisch, Fischwaren und sonstigen Viehprodukten in den letzten drei Jahren

von 1929 auf 1773 Millionen gestiegen, zum Teil freilich infolge der Umwandlung der Geschäftsgewohnheiten anderer Völker. Sollen wir unsere Viehhaltung in der Größenordnung zum Auslande verringern und gleichzeitig den inneren Markt durch Steigerung der Kaufkraft der Landwirtschaft stärken, so muß der Hauptbedarf an angelegt werden, wo wir die größten Zufuhren haben, die wir weitgehend durch Inlandsproduktion zu ergeben imstande wären. Diese Aufgabe ist erstens durch den Ausgleich zwischen den Interessen des deutschen Ostens einerseits und des Westens und Südens andererseits. Der Osten ist angewiesen auf Körnerbau und Kartoffeln, der Westen aber der Süden ist die Gültige jene Verarbeitungsindustrie, die um so mehr benötigt werden sollte, als die menschliche Ernährung vom Brot und Kartoffelverbrauch abgeht und sich immer stärker dem Verbrauch von Obst und Gemüse, Butter, Eiern, Käse, Fleisch usw. zuwendet. Ein Ausgleich dieser Interessen ist nur möglich, wenn man einen Weg findet, die Produktion des Ostens zu stärken, ohne gleichzeitig die Produktion im Westen und Süden, die vielfach auf den Verkauf von Futtermitteln angewiesen ist, abzusinken zu veranlassen. Einen Weg glaube ich in meinen letzten Vorschlägen, wie sie Ihnen gelegentlich über den Rückgang in der Rostock vom 26. März fanden, gezeigt zu haben.

Hier liegt das Interesse der Gesamtwirtschaft entscheidend an, wie ich in einer früheren Rede über die Lage der Wirtschaft vor allem der industriellen und landwirtschaftlichen Kreise, begriffen. Deutschland, hinsichtlich ist die Weltwirtschaft, angewiesen auf eine gewissenhafte Export zur Deckung seiner launenhaften und politischen Verpflichtungen, kann ohne Zielnahme an einer solchen allgemeinen Vergrößerung seine Konkurrenzfähigkeit nicht beibehalten. Die Agrarpolitik darf daher nicht so getrieben werden, daß es uns diese Zielnahme unmöglich macht, und zum anderen ist die Steuervermehrung der bestehenden Steuerbelastung und der Abschlag neuer Steuern unmöglich macht.

Der Polenvertrag

Im Vordergrund des Interesses steht hier das handelspolitische Verhältnis zu Polen. Die Sorge, daß der mit Polen abgeschlossene Vertrag nicht ratifiziert werden könnte, scheint wenig begründet. Es sind heute mehrere falsche Meinungen in der Presse verbreitet, wonach schon dann der bisherige Schweinezoll auf 36 RM erhöht werden soll, wenn der Vertrag am Berliner Markt während zweier Wochen unter 75 Mark pro 100 Pfund fällt. Die wirtliche Zollung ist aber folgende:

„In der Preis am Berliner Markt für Schweine der Klasse C im Durchschnitt zweier Wochen niedriger als 70 RM je Zentner Lebendgewicht, so erhöhe sich der Zoll auf Schweine um 50 C, bis der Preis am Berliner Markt für Schweine der Klasse C im Durchschnitt zweier Wochen vom Tage des Inkrafttretens des erhöhten Zolles an gerechnet, 85 RM je Zentner Lebendgewicht erreicht. Die Abänderung der Zollhöhe ist durch den Reichsminister der Finanzen jeweils mit Wirkung vom zehnten Tage nach der letzten vorstehend genannten Notierung in Kraft zu setzen.“

Falls durch Steigen der Preise der Schweine auf dem deutschen Markt ermöglicht wird, ist die Reichsregierung ermächtigt, den Zoll für lebende Schweine bis auf 36 RM für den Doppelzentner Lebendgewicht heranzulassen. Die Reichsregierung ist ermächtigt, den Zoll wieder heranzulassen.“

Hieraus dürfte eine ernsthafte Schwierigkeit für die Annahme und für die Ausführung des Vertrages, in dem die Übernahme des Schweinekontingents vom Reichsverband der Industrie garantiert ist, nicht entstehen.

Die vorerwähnte Aufgabe der deutschen Handels- und Wirtschaftspolitik besteht DiETRICH die Regelung anderer Beziehungen zum Osten oder Südosten Europas. Diese Länder sind, abgesehen von Österreich und der Tschechoslowakei, in wesentlichen agrarische Staaten. Sie liefern uns hauptsächlich Produkte der Landwirtschaft. Sie sind in ihrem Absatz auf uns angewiesen, aber sie sind auch bereit, für den gleichen Betrag oder für noch mehr Industrie-Produkte mit uns einzutauschen. Im Gegensatz dazu ist unsere Produktionskraft mit den meisten überseeischen Agrarländern in erster Linie in einem Austausch begründet.

Wenn man sich die Zahlen vor Augen stellt, die die Subventionen im letzten Jahre an sich selbst machen lassen, daß Subventionen und Handel eine gewaltige Leistung vollbracht haben, doppelt groß angelegte der Komplexität und Schwierigkeit besonders der europäischen Lage. Die Ausfuhr ist seit 1925 um mehr als 4 Milliarden, das sind 50 Prozent, in den Jahren 1928 und 1929 allein um 2½ Milliarden gestiegen. So glaube daher, daß man trotz der Schwere der Zeit und der Krise der Wirtschaft den Gedanken an die Zukunft nicht verlieren darf. Das Schlimmste, was man erleben, ist eine gewisse Vertrauenskrise, die nicht zum mindesten von uns selbst verdrängt ist. Es ist nicht zu bestreiten, daß die unerbittliche Sonderkraft, die trotz des neuen

Biersteuer abgelehnt

Die Erhöhung der Biersteuer um 75 v. H. ist heute ein Versuch, auf einen kurzen Ausbruch mit großer Mehrheit abgelehnt worden. Für die Regierungsvorlage haben lediglich die Demokraten, das Zentrum und die Deutsche Volkspartei gestimmt, alle anderen Parteien, ohne auch nur eine Stimmenthaltung, dagegen.

Recht wurde die Vorlage über die Industrieerhöhung für 1930 in Höhe von 350 Millionen (Zwölftelstimmungen 15. August 1929 und 15. Februar 1931) angenommen. Ein folgebemerkter Antrag der Ausführungsorgane einen Artikel II anzufügen, der für 1930 einen dreizehnten Einkommen-Zusatz für Einkommen über 9000 Mark vorsieht, wird sehr knapper Mehrheit (14 bis in einer Stimmenthaltung) abgelehnt. Damit ist die Ausfuhrerhöhung der Vermögensanlagen beendet.

Die Biersteuer-Vorlage ist nicht die einzige, die im Steuer-Ausschuß keine Mehrheit gefunden hat. Hier ist es die wichtigste, weil sie die tragende Säule des ganzen Defizitprogramms ist. Die Verwerfung durch den Reichstag ist ein und für sich keine Lebensfrage. Das große Fragezeichen ist, wie sich das Schicksal der Vorlage im Plenum des Reichstages gestalten wird. Das Reichskabinett will heute zu den Beschlüssen des Steuer-Ausschusses Stellung nehmen und mit ihrer Ratifizierung für die Biersteuer einleiten.

Welche Auswirkungen würden sich für die Schärfe Gegner der Vorlage über die Beschlüsse der Volkspartei. Von ihm nun anlehnend auch nicht die Stimmenzahl erwartet werden. Die eigentliche Führer der Deutschen Volkspartei, der herkömmliche Parteivorsitzende Dr. Schaeffer, ist heute vom Reichspräsidenten empfangen worden. Daraus ist nicht abzusehen zu folgen, daß der Reichspräsident, der sich für das Kabinett Weimann allerdings in größerem Maße als je vorher exponiert hat, auf den Parteiführer im Sinne einer Änderung der Haltung seiner Reichstagsfraktion einwirkt hat. Dr. Schaeffer kann auch den Wunsch gehabt haben, dem Reichs-

präsidenten die Gründe seiner ablehnenden Haltung darzulegen. Im „Bayrischen Kurier“ hat Dr. Schaeffer gestern nach in fast entscheidenden Worten gegen die Biersteuer Stellung genommen. Er hat ausgesprochen, daß der Verlust Dörmers an Vertragsanprüfern, die es gegen das Reich habe, und infolge der Sonderbelastung durch die Biersteuer seit 1924 etwa 375 Millionen Mark betragen habe. Die Auffüllung ist kaum möglich, aber der ganze Artikel läßt kaum einen Zweifel daran, daß die Bayerische Volkspartei einem Kompromiß über die Biersteuer abgeneigt ist. Schaeffer stellt an seine Ablehnung noch die Ablehnung an die Reichsregierung, vor einer Entzerrung der Biersteuer-Erhöhung mit Hilfe des Artikels 10, wenn sie vom Reichstag verworfen werden sollte. Er macht den Vorbehalt, die Biersteuer durch eine Erhöhung der Umklesteuer um ¼ Prozent zu ersetzen; je würde ein Mehrertrag von 463 Millionen bringen, von denen etwa 324 Millionen auf das Reich entfallen würden.

Auf diese Stellungnahme Dr. Schaeffers ist es wohl zurückzuführen, daß heute im Reichstag mit der Möglichkeit einer Einmütigkeit der Reichsregierung gerechnet wurde. Dem steht entgegen die offizielle Erklärung des Kabinetts, daß es an der Biersteuer-Erhöhung um 75 v. H. festhalte.

Der Bericht auf die Stimmen der Bayerischen Volkspartei wäre für die Regierung nur enttäglich, wenn alle anderen Parteien der Rechten geschlossen für das Defizitprogramm stimmen würden. Von den Defizitparteiern legt man den Unfall voraus, nicht so gewiß ist er bei der Wirtschaftspartei. Es wird sich jetzt erweisen müssen, wie stark der Druck wirken kann, der durch das „Sunctum“ zwischen Agrar-Programm und Defizitvorlagen in der belagerten Besprechung hergestellt worden ist.

Die Aussicht auf eine parlamentarische Durchsetzung des Defizitprogramms hat sich heute ungewöhnlich verfinstert, die Verwirklichung der Aufschwung-Drohung ist mehrheitlich nicht mehr zu erwarten.